

Zeltweger

Nummer 114

RM 19A041806 E

NACHRICHTEN

Ausgabe 114, Oktober 2019

Zeitung der **KPO ZELTWEG**

www.kpoe-steiermark.at

Informationsblatt der steirischen KPÖ. Österreichische Post/AGPostengelt bar bezahlt RM 19A041806E Aufgabe: 8720

Betriebskrankenkassen: Letzte Chance zur Rettung nützen!

Der Nationalrat hat mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und NEOS das Ende der Betriebskrankenkassen beschlossen. Ab 01. Jänner 2020 können diese in die neue Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) überführt werden. Druck gegenüber der kommenden Bundesregierung ist der einzige Weg die Betriebskrankenkassen noch zu retten.

Noch gibt es fünf Betriebskrankenkassen in Österreich, die rund 50.000 Menschen versichern. Diese Kassen haben Rücklagen über 100 Millionen Euro angespart. Dieses Geld soll in Privatstiftungen fließen. Zwar sollen diese Stiftungen weiterhin Gesundheitsleistungen finanzieren, dem Mitspracherecht der Betriebsräte werden sie aber entzogen. Was passiert wenn die Rücklagen aufgebraucht sind bleibt unklar.

Zentralisierung statt Nähe

Durch die Nähe zu den Versicherten bieten die Betriebskrankenkassen eine optimale Betreuung. Für Anliegen und Probleme gibt es vor Ort Ansprechpersonen, die oft unbürokratische Lösungen finden. Durch die Zentralisierung in eine Österreichische Krankenkasse muss man mit einer Verschlechterung der individuellen Betreuung rechnen. Eine Situation, die durch die Zusammenlegung der Gebietskrankenkassen künftig alle Versicherten treffen wird.

Mitbestimmung geht verloren

Verwaltung und Personal der Betriebskrankenkassen werden derzeit durch die Unternehmen finanziert. Die Kassen werden von Firmenleitung und Betriebsrat verwaltet. Die neue ÖGK ist so aufgebaut, dass die ArbeitnehmerInnen, aus deren Beiträgen die Versicherungsleistungen finanziert werden, künftig weit weniger Mitspracherecht haben werden.

Errungenschaft der arbeitenden Menschen verteidigen!

Die Betriebskrankenkassen wurden vor über 100



Die Abschaffung der Betriebskrankenkassen bedeutet nichts Gutes für die künftige Gesundheitsversorgung.

Jahren von den ArbeiterInnen und Angestellten erkämpft. Für ihrer Erhalt lohnt es sich bis zuletzt zu kämpfen.

Gemeinderat für den Erhalt

Der Gemeinderat der Stadt Zeltweg hat sich auf Initiative der KPÖ im vergangenen Jahr in einer Resolution an den Bund für den Erhalt der Betriebskrankenkasse ausgesprochen. Auch der Zeltweger-ÖVP war - im Gegensatz zur Kurz-ÖVP - die Wichtigkeit der Zeltweger Betriebskrankenkasse bewusst und sie stimmte mit. Die FPÖ, Gemeinderat Thomas Tragner und Grün-Gemeinderat Anton Hartleb stimmten gegen die Resolution.

Um die Kasse kämpfen!

Die KPÖ wird in der nächsten Gemeinderatssitzung einen neuen Antrag zum Erhalt der Betriebskrankenkassen stellen. Die Regierungsverhandlungen geben die Gelegenheit an alle Parteien heranzutreten und eine Rücknahme der Auflösung der Betriebskrankenkasse als Koalitionsbedingung zu fordern. Es ist die letzte Chance. Einmal abgeschafft wird es so schnell keine Betriebskrankenkassen mehr geben.

100 Prozent sozial - 0 Prozent käuflich 

Wunsch an den neuen Bürgermeister: Keine Privatisierung der Gemeindewohnungen!

In der letzten Gemeinderatssitzung hat der Gemeinderat Günter Reichhold einstimmig zum Nachfolger von Bürgermeister Hermann Dullnig gewählt

Die Wahl von Günter Reichhold zum Bürgermeister erfolgte auch mit den Stimmen der KPÖ. Unsere Zustimmung sehen wir als Vertrauensvorschuss. Wir hoffen auf eine gute Zusammenarbeit im Interesse der Zeltwegerinnen und Zeltweger.

Die erwarten uns vom neuen Bürgermeister aber auch, dass es zu keiner Privatisierung von öffentlichem Eigentum kommt. **Die Zeltweger Gemeindewohnungen müssen im Eigentum der Stadt verbleiben!**

Schlaglöcher



AnrainerInnen der Bergmannsgasse haben uns informiert, dass sich die kürzlich renovierte Straße bereits an einigen Stellen gesenkt hat und sich bei Regen tiefe Lacken bilden. KPÖ-Gemeinderätin Maria Wiesenegger hat das Bauamt darüber informiert.

Sprechstunde mit Sozialberatung Mittwoch, 6. November

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

Heizkostenzuschuss

Auf Initiative der KPÖ gibt es von der Gemeinde einen Heizkostenzuschuss in der Höhe von 50 Euro. Wir haben auch ersucht den Heizkostenzuschuss zur besseren Information auf der Gemeindehomepage zu bewerben. Das ist nun geschehen. Der Zuschuss kann noch bis 20. Dezember beantragt werden.

Aus dem Gemeinderat

Musikschultarife

Das System der Musikschulförderung wurde vom Land von einer Personalkostenförderung auf eine Förderung nach SchülerInnenzahl umgestellt. Die Tarife der Musikschule für das Schuljahr 2019/2020 bleiben gegenüber dem Vorjahr unverändert. Uns erscheinen die Tarife, besonders für Erwachsene, hoch. So bezahlen Erwachsene im Hauptfach pro Schuljahr 930 Euro. Die Höhe der Tarife sollte überdacht werden.

Kindergärten - Fallschutz

Eine Überprüfung der Spielplätze in den Kindergärten ergab Mängel bei den Fallschutzmatten. Der Gemeinderat hat nun beschlossen den Schutz zu verbessern.

Murtal Open Air

Das Murtal Open Air brachte den drei beteiligten Gemeinden einen Verlust von insgesamt knapp 31.000 Euro. Grün-Gemeinderat Anton Hartleb berichtete, dass der Verlust ohne die Bedarfszuweisungen des Landes in Höhe von rund 80.000 Euro noch höher ausgefallen wäre. Im Amtsvortrag wurde der Gemeinderat nicht über diese zusätzlichen Bedarfszuweisungen informiert.

Im nächsten Jahr soll das Open Air wieder stattfinden. Im Gemeinderat wurde über die Kosten dafür diskutiert. Sollte der Verlust sich wiederholen sind auch wir der Meinung dass das Veranstaltungskonzept überdacht werden sollte.

Sorge wegen Asbestdeponie

In Fischening wird eine Deponie für verschiedenste Abfallstoffe geplant. Ein großer Teil der Deponie soll auch für Asbestabfälle zur Verfügung stehen. Viele Menschen sind darüber besorgt. Es werden Luftschadstoffe, eine Gefährdung des Grundwassers und erhöhtes Verkehrsaufkommen befürchtet.

Anstatt eine öffentliche Informationsveranstaltung abzuhalten, hat der Projektbetreiber, die Firma Rohrdorfer, lediglich den Weißbirchner Gemeinderat in einer vertraulichen(!) Sitzung über das Vorhaben informiert.

Die Gemeinden Weißkirchen, Spielberg und Zeltweg haben sich gegen die Deponie ausgesprochen. Es regt sich Widerstand. Eine Bürgerinitiative ist im Entstehen.

Bis zum 23. Oktober können Einwände gegen das Projekt erhoben und Parteienstellung beantragt werden. Ursprünglich hätte die Verhandlung des Projektes am 24. Oktober stattfinden sollen, wurde aber auf nächstes Jahr verschoben. Will man die Wahlen abwarten?

Nachdem sich alle Parteien gegen das Projekt ausgesprochen haben, muss nun der Widerstand bestmöglich unterstützt werden. Mit Abfallstoffen ist Geld zu machen, je gefährlicher der Abfall, desto mehr Profit. Wir meinen die Entsorgung von Abfallstoffen sollte daher überhaupt durch die öffentliche Hand erfolgen.

Danke an die arbeitenden Menschen

Die Wirtschaft, die großen Parteien und viele Medien wollen uns seit Jahren einreden, dass wir dankbar sein müssen: Dankbar für die Arbeitsplätze, dankbar den Unternehmern, die in der Region Betriebe errichten.

Die KPÖ sagt: Niemand braucht für einen Arbeitsplatz dankbar sein. Denn der Lohn oder das Gehalt das wir bekommen müssen wir selbst erarbeiten.

Die Investitionen die Firmen tätigen haben immer die arbeitenden Menschen erwirtschaftet. Ziel aller Investitionen ist es in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Profit zu erzielen. Die Arbeitsplätze die entstehen sind also niemals Selbstzweck. Jeder Arbeitsplatz muss Gewinn bringen - sonst ist er schnell wieder weg.

Nachdem Maximalprofit das Ziel ist, liegt es im Interesse jedes Unternehmers möglichst wenig Menschen zu beschäftigen. Leistungsdruck und Rationalisierungen stehen deshalb immer auf der Tagesordnung.

Damit Waren entstehen, transportiert und verkauft werden braucht es die menschliche Arbeitskraft. Ohne KonstrukteurInnen, ArbeiterInnen und Angestellte in der Fabrik, ohne LastwagenfahrerIn oder LagerarbeiterIn, ohne Supermarktverkäuferin nutzt auch die beste Geschäftsidee nichts.

Auch das Risiko ist für die Arbeitenden ungleich höher. Sperren Betriebe zu, stehen die Menschen vor dem Nichts und sind in ihrer Existenz bedroht. Die meisten Unternehmer (hier meinen wir nicht Ein-Personen- oder Kleinstunternehmen) haben ihre Schäfchen vor einem Konkurs schon längst ins Trockene gebracht.

Die Reichen werden immer reicher. Weltweit gibt es Milliarden an Kapital für das Anlagemöglichkeiten gesucht werden. Dieser Reichtum stammt aus der Arbeit der arbeitenden Menschen. Der Reichtum entsteht dadurch, dass den Beschäftigten nicht der tatsächliche Wert ihrer Arbeit ausbezahlt wird. Ein Teil davon fließt als Profit oder Dividende in die Taschen der Unternehmer.

Der Dank der Gesellschaft sollte daher vor allem an die arbeitenden Menschen gerichtet sein.

*Liebe Zeltwegerinnen
und Zeltweger!*

Klimawandel - Wer zahlt?

Der Sommer 2019 zählte wieder zu den wärmsten in der Geschichte der Aufzeichnungen. Die häufiger und länger werdenden Hitzewellen, sind ein Vorgeschmack auf die kommenden Auswirkungen der Klimakrise.



Die Wissenschaft ist sich einig, dass es ein konsequentes Umdenken braucht um zu verhindern, dass die Erde zu einem lebensfeindlichen Ort wird.

Es ist aber nicht erkennbar, dass die Politik den Ernst der Lage begriffen hat. Mehr als schöne Worte und Absichtserklärungen gibt es nicht. Die Interessen der Wirtschaft sind immer noch wichtiger als Mensch und Umwelt.

Und wenn Vorschläge für eine klimafreundlichere Politik kommen, dann gehen sie nicht auf Kosten der Verursacher. Tatsache ist: Die 100 größten Konzerne verursachen über 70% der klimaschädlichen Gase.

Die arbeitenden Menschen haben den Klimawandel nicht verursacht. Sie werden am meisten unter ihm zu leiden haben und geht es nach Politik und Industrie, sollen sie auch die Kosten dafür tragen.

Eine CO2-Steuer soll Tanken teurer machen, der notwendige Ausbau des öffentlichen Verkehrs findet aber nicht statt. Fleisch soll teurer werden, die Umstellung auf nachhaltige Landwirtschaft geht aber viel zu langsam.

Auch in Sachen Verpackungsmüll ist es so, dass die KonsumentInnen oft gar keine Wahl haben. Die Waren sind fix verpackt. So zahlen die KundInnen einmal für die Verpackungen und später wieder für deren Entsorgung.

Konzerne machen Profit auf Kosten aller Menschen und nehmen es in Kauf unsere Lebensgrundlagen zu zerstören. Von alleine werden sie damit nicht aufhören. Denn das Ziel der kapitalistischen Produktionsweise ist die Erzielung von möglichst viel Gewinn.

Ohne Rücksicht auf Ressourcen werden viel mehr Waren produziert als jemals gebraucht werden. Bedürfnisse werden künstlich geweckt, umweltschädigende Produktionen ins Ausland verlagert. Umweltinvestitionen werden nur durchgeführt, wenn sie sich binnen kurzer Zeit rechnen.

Das bedeutet nicht, dass nicht auch jede/r einen Beitrag zum Klimaschutz leisten muss - aber wenn Klimaschutz wirklich greifen soll muss bei den großen Verursachern und Profiteuren angesetzt werden. Die kapitalistische Produktionsweise muss ersetzt werden, durch ein Wirtschaftssystem, das die Interessen von Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt stellt, meint ihr.

**...KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau
Tel: 0664/404 77 21, Mail: p.lor49@gmail.com**

KPÖ: Die Airpower 2019 sollte die letzte sein!

Bevor die Überlegungen für die nächste Airpower beginnen, haben wir in der letzten Gemeinderats-sitzung diesen Antrag gestellt:

Aus finanz-, umwelt-, energie- und friedenspoliti-schen Überlegungen sollen Bund und Land Steier-mark aufgefordert werden keine Airpower mit Steu-ergeld zu unterstützen. Unserem Antrag wurde die Dringlichkeit nicht zuerkannt, er wurde daher gar nicht behandelt.

Die Airpower 2019 fand unter breiter Kritik von UmweltexpertInnen, aber auch von großen Teilen der Bevölkerung statt, auch aus dem Militär waren kriti-sche Stimmen zu hören.

Sicherheitsrisiko

Von einer Flugshow geht auch ein nicht kalkulierba-res Sicherheitsrisiko für PilotInnen, ZuschauerInnen und Unbeteiligte aus. In den letzten Jahren und Jahr-zehnten gab es immer wieder folgenschwere Unfälle mit vielen Verletzten und auch Toten. Bei der Airpow-er 19 hat sich ein Doppeldecker im Landeanflug über-schlagen und ist abgestürzt, zum Glück gab es keine Verletzten. Der Vorfall ist aber eine Warnung davor dass eine sichere Flugschau nicht machbar ist.

Rechnungshofkritik

Der Rechnungshof hat die Veranstaltung in der Ver-gangenheit bereits scharf kritisiert. Verletzung der Förderrichtlinien, keine Nutzenuntersuchung, keine Förderziele, nicht einmal eine Bewilligung wurde be-antragt. Das Land Steiermark spart im Gesundheits-und Sozialbereich ein, scheut aber die Kosten für die Airpower nicht.

Luxusemissionen

Der Klimaexperte Gottfried Kirchengast sprach im Zusammenhang mit der Airpower von „Luxusemissi-onen“ die sich Österreich eigentlich nicht leisten kann und von einer verheerenden Symbolik. Auch die Kli-maforscherin Prof. Dr.in. Helga Kromp-Kolb spricht sich dafür aus „nicht essenzielle Emissionen“ wie die Airpower zu vermeiden.

Klimaschutzgemeinde und Ja zur Airpower?

Zeltweg ist Klimaschutzgemeinde. Im Rech-nungshofbericht über die Airpower 2013 wurde festgestellt, dass das Bundesheer für die Airpow-er Treibstoff im Wert von 450.000(!) Euro ange-schafft hat. Bei der Airpower 2019 wird kaum we-niger Kerosin in die Luft geblasen worden sein.

Wie glaubwürdig kann man in Sachen Umwelt-und Klimaschutz sein, wenn man es nicht wagt gegen eine Veranstaltung wie die Airpower die Stimme zu erheben? Die Airpower wäre sehr schnell abgestellt, wenn niemand daran verdi-enen würde. Geht es aber um Profite wird Umwelt-schutz schnell zur Nebensache.

Wir fragen SPÖ, ÖVP und FPÖ: Wann ist es Zeit Klimaschutz ernst zu nehmen?

Rüstung: Klimakiller Nummer Eins Rüstungsindustrie, Kriege und Militär gehö-ren weltweit zu den stärksten Klimakillern. Laut ei-ner britischen Studie produziert allein die US-Armee mehr CO₂ als Staaten wie Schweden oder Portugal. Zudem erhöht der Klimawandel die globale Kriegs-gefahr. Eine Waffenschau, die wie die Airpower als Familienveranstaltung inszeniert wird, kann nicht zeitgemäß sein.

Zeltweger

NACHRICHTEN

Herzlichen Dank

Einige ZeltwegerInnen haben uns eine Spende für un-sere Zeitung geschickt. **Wir bedanken uns herzlich!** Wenn auch Sie uns eine Spende für unsere Zeitung ge-ben wollen, unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, IBAN: AT052081526000000617

Peacehour statt Airpower



In der Woche vor der Airpower haben SJ, Grüne-Murtal und KPÖ unter dem Motto „Peacehour statt Airpower“ eine sehr gut besuchte Gegenveranstaltung durchgeführt.

Die bekannte Klimaforscherin Dr. Prof.in. Helga Kromb-Kolb leg-te in ihrem Vortrag dar, dass uns - wenn nicht rasch gehandelt wird - eine Klimakatastrophe bevorsteht. Der Klimawandel findet statt. Damit die Auswirkungen für die Menschheit einigermäßen erträglich bleiben braucht es massive Veränderungen.

Wir brauchen Nachhaltigkeit, Regionalität und einen neuen Le-bensstil, der auf die Bedürfnisse von Mensch und Natur ausge-richtet ist. Diese Veränderungen seien im derzeitigen Wirtschaft-system nicht möglich, deshalb müsse es überwunden werden.

Jahreskarten müssen günstiger werden!

Um den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel attraktiv zu machen muss dieser gut ausgebaut und günstig sein. Das ist derzeit nicht der Fall.

So kostet die Jahreskarte für den Aichfeldbus derzeit 456 Euro. Dagegen kostet das Grazer Jahresticket nur 281 Euro. Eine Senkung des Preises des Aichfeldbusses auf diesen Betrag wäre eine Gleichstellung und ein Beitrag um eine Alternative zum Individualverkehr anzubieten.

Seit August dieses Jahres können Studierende das neue „Top-Ticket“ erwerben. Mit dieser Halbjahreskarte um 150 Euro können sie alle öffentlichen Verkehrsmittel in der ganzen Steiermark uneingeschränkt nutzen - von Anfang September bis Ende Februar sowie von Anfang März bis Ende August.

Öffentlicher Verkehr um 300 Euro

Dieses Ticket sollte eine Erweiterung erfahren. Das „Top Ticket für alle“ zum Jahrespreis von 300 Euro wäre ein weiterer Beitrag um den öffentlichen Verkehr attraktiver zu machen.

Grundsätzlich sind alle Maßnahmen umzusetzen, die die Menschen vom Individualverkehr hin zum öffentlichen Verkehr lenken und dazu beitragen die Klimaschutzziele zu erreichen. Deshalb haben wir

Klimavolksbegehren



Derzeit läuft die Einleitungsphase für das Klimavolksbegehren. Die Forderungen sind: Ein fundiertes CO₂-Budget, Klimafreundliche Maßnahmen belohnen und vergünstigen, Verkehr nachhaltig machen. Nähere Informationen gibt es unter: www.klimavolksbegehren.at

KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau war im Rathaus um das Klimavolksbegehren zu unterstützen. Dort kann es unterschrieben werden.

Antrag der KPÖ:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Zeltweg möge beschließen:

1. Die Stadtgemeinde Zeltweg wird sich dafür einsetzen, dass ein Modell ausgearbeitet wird, um die Kosten für eine Jahreskarte für den Aichfeldbus auf 281 Euro zu senken.
2. Mittelfristig spricht sich der Gemeinderat für ein „Top-Ticket“ zum Preis von 300 Euro für alle Steierinnen und Steirer aus.

in der letzten Gemeinderatssitzung obenstehenden Antrag gestellt. Dem Antrag wurde die Dringlichkeit nicht erteilt. Er kam damit nicht auf die Tagesordnung. Nur GR Cornelia Brugger stimmte mit uns. Nicht einmal Grün-Gemeinderat Anton Hartleb hielt dieses Anliegen für dringlich.

In der Gemeinde Spielberg wurde der gleichlautende KPÖ-Antrag angenommen. Warum dies nicht auch in Zeltweg geschehen ist, ist uns unverständlich. Wer Klimaschutz ernst nimmt muss rasch Taten setzen - und dazu gehört ein gut ausgebauter und **günstiger** öffentlicher Verkehr.

Kinderland Ferienaktion



Das war der Sommer

Unsere Angebote für Kids stehen unter dem Motto „Sommerhits für Ferienkids“. Auch in diesem Jahr fanden sich wieder unzählige Kinder aus allen Ecken der Steiermark und darüber hinaus, in unseren Ferienanlagen ein.

Dank unseres vielseitigen Angebotes konnten wir sehr vielen Familien einen passenden und vor allem kostengünstigen Erholungsaufenthalt für ihre Kinder anbieten. Egal ob 1, 2 oder 3 Wochen, den Kindern hat es wie immer großen Spaß gemacht.

Es wurden neue Freundschaften geknüpft, unvergessliche Erfahrungen gemacht oder einfach an unserem Strand am Turnersee das schöne Wetter genossen. Weitere Highlights waren Abschlussdisco, diverse Workshops oder Sportbewerbe.

Wir hoffen viele der Kinder auch im Sommer 2020 bei uns begrüßen zu dürfen.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Zeltweg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld.
F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher.
Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, LW-Nr.944, 8720 Knittelfeld

Gedanken zu den Nationalratswahlen

Die Nationalratswahlen haben den erwarteten Sieg der Kurz-ÖVP und Verluste für FPÖ und SPÖ gebracht. Dass die Grünen mit dem Klimathema wieder hoch im Kurs sind hat sich abgezeichnet. Die Höhe der Gewinne war aber doch überraschend. Nun ist sogar einen Türkis/Grüne-Regierung möglich.

Die KPÖ hatte - wie immer - mit der undemokratischen Vier-Prozent-Hürde zu kämpfen. Viele Menschen die mit uns sympathisieren, sehen eine Stimme für die KPÖ bei der Nationalratswahl als verlorene Stimme. Wir konnten in der Steiermark bescheidene Zugewinne verzeichnen. In Zeltweg haben wir 1,9 Prozent der Stimmen erhalten. **Wir bedanken uns bei unseren Wählerinnen und Wählern.**

Die FPÖ war auf Grund des Ibiza-Skandals und der Spesen-Affäre für viele nicht mehr wählbar. Die FPÖ-Ex-Sozialministerin Beate Hartinger Klein hat verkündet, dass man mit 150 Euro im Monat leben kann. Nun wurde bekannt, dass die FPÖ ihrem Obmann ein monatliches Spesenkonto von 10.000 Euro und einen Mietzuschuss von 2.500 Euro bewilligt hat. Beträge, von denen eine Mindestpensionistin nur träumen kann. Das war zu viel.

Nachdem der ehemalige FPÖ-Politiker Ewald Stadler in eine Puls-Vier Diskussion von einem „System der Bedienung“ innerhalb der FPÖ gesprochen hat, darf man gespannt sein, was in den nächsten Tagen und Wochen noch aufgedeckt wird.

Die SPÖ hat das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte eingefahren. Vor den Wahlen wurden - wie immer - Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, einem Mindestlohn von 1.700 Euro oder einer Erbschaftssteuer aufgestellt. Aber jeder hat sich gefragt, warum wurden diese völlig berechtigten Anliegen in den Jahrzehnten einer SPÖ-geführten Regierung nicht schon längst umgesetzt ?

Die letzten Vorsitzenden der SPÖ kamen aus der Wirtschaft. Sie haben sich nach ihrer Politkarriere wieder in die Konzernspitzen verabschiedet. Unter einer SPÖ-Regierung wurde die Verstaatlichte verschärft, die Vermögens- und die Erbschaftssteuer abgeschafft und das steuerschonende Stiftungsrecht eingeführt. Die SPÖ hat vielen Verschlechterungen, z.B. beim Pensionsrecht oder den Arbeitszeitgesetzen zugestimmt.

Diese Aufzählungen erheben keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Damit hat die SPÖ völlig zu Recht das Vertrauen der arbeitenden Menschen verspielt. Nach den Wahlen werden nun wieder kämpferische Töne angeschlagen. Die Praxis wird aber wie gewohnt weitergehen: Links blinken und dann rechts abbiegen.

Viele WählerInnen - auch ArbeiterInnen und Angestellte - haben nun der Kurz-ÖVP das Vertrauen geschenkt. Dass die Wirtschaftspartei ÖVP mit ihren reichen Großspendern die Interessen der arbeitenden Menschen vertreten wird, wird sich bald als Illusion erweisen. Einige Verschlechterungen werden bald zu spüren sein. Andere - wie die Zerschlagung der Sozialversicherungen - werden sich erst in ein paar Jahren auswirken.

Auch die Zahl der Nicht-WählerInnen hat wieder zugenommen. In Zeltweg ist die Wahlbeteiligung um acht Prozent, auf erschreckende 55,7 Prozent gesunken. Auf der einen Seite ist die Frustration vieler Menschen verständlich. Aber gar nicht zur Wahl zu gehen oder alle paar Jahre ein Kreuzerl bei einer Partei zu machen und sich dann nicht mehr für Politik zu interessieren ändert nichts.

Die Erfahrungen der ArbeiterInnen- und anderer Bewegungen zeigen, dass jede Verbesserung erkämpft werden muss. Geschieht das nicht, gehen soziale Unsicherheit und Sozialabbau weiter.

Unsere Internetadresse:

www.kpoe-steiermark.at
KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook

Einladung zum KPÖ-Stammtisch

Reden, diskutieren, sich informieren
Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat
 KPÖ-Parteiheim Knittelfeld, Friedensstr. 10,
 ab 18.00 Uhr

Taxi - Transporte - Kleinbus
Patiententransporte

03577 22777

TAXI NOWAK

Heribert Nowak

8740 Zeltweg
 Hauptstraße 32

taxi@nowak.at
 www.nowak.at

IN DER STEIERMARK



Ist das Bundesheer pleite?

In den letzten Monaten wurde von fast allen Parlamentsparteien verstärkt mehr Geld für das Bundesheer gefordert. Für uns Grund genug die Frage zu stellen: Ist das Heer wirklich pleite?

Tatsache ist, dass die Verteidigungsausgaben in den vergangenen drei Jahren so stark gestiegen sind wie kein anderer Budgetposten. Das Heeresbudget wurde um 17% erhöht. Zum Vergleich: Im selben Zeitraum sanken die Ausgaben für Umweltschutz (-6,5%) sowie für Wohnen und Gemeinden (-5,9%) deutlich.

Geht es nach dem „grün affinen“ Verteidigungsminister Brigadier Thomas Starlinger und einer rot-blau-pinken Parlamentsmehrheit sollen die Verteidigungsausgaben weiter deutlich steigen.

Während der Nationalrat einen Antrag beschlossen hat, nach dem das Heeresbudget bis 2021 um 37% steigen soll, fordert der Verteidigungsminister sogar 70% bis zum Jahr 2022.

Mit dem Argument, das Bundesheer stehe vor dem Konkurs, wird die öffentliche Meinung auf Aufrüstung eingeschworen. Die wahren Gründe, warum mehr Geld ins Heer fließen soll, ist aber nicht der Schutz der Bevölkerung.

Österreich ist über die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (SSZ) in das militärische Bündnis-system der EU eingebunden. Die SZ verpflichtet die

Wer ist Thomas Starlinger?

Ein Blick auf die Karriere von Thomas Starlinger zeigt sofort, von der Neutralität kann der Verteidigungsminister nicht viel halten. Jahrelang war er Projektoffizier im EU-Militärstab und in der EU-Rüstungsagentur. Außerdem war er im „Kommando Operative Führung Eingreifkräfte“ der deutschen Bundeswehr tätig. Dieses Kommando führt Einsätze, unter anderem in Nordafrika, durch.

Das ein österreichischer Offizier überhaupt bei der Bundeswehr eingesetzt wird zeigt, wie wenig die Neutralität ernst genommen wird. Das der Verteidigungsminister als „grün affin“ gilt und Adjudant des Bundespräsidenten war, wirft auch ein erhellendes Licht auf die Grünen.

Teilnehmerstaaten zur Erhöhung ihrer Militärausgaben. Deshalb der Druck, das Militärbudget zu erhöhen.

Für die KPÖ ist die Aufrechterhaltung bzw. Wiedereinführung einer echten Neutralitätspolitik der beste Schutz der Bevölkerung. Wenn die Teilnahme an EU-Kampfgruppen, NATO-Auslandseinsätzen, aber auch Werbeveranstaltungen für die Rüstungsindustrie wie die Airpower, eingespart werden, bleiben genug Mittel für die Kernaufgaben des Bundesheeres.





KPÖ

**FRIEDENS
MARSCH
UND NEUTRALITÄTSFEIER**

SA., 26. OKTOBER | MÜRZZUSCHLAG

Die Kriegsgefahr steigt und Österreichs Neutralität wird immer mehr ausgehöhlt. Wir wollen ein Zeichen für Neutralität und Frieden setzen und laden Sie herzlich dazu ein mit uns nach Mürzzuschlag zu fahren. Die Busfahrt ist gratis.

Anmeldungen: KPÖ-Knittelfeld, Tel.: 03512/82240

Wussten Sie dass es bei der KPÖ eine Politbezugsobergrenze von 2.300 € gibt?

Alle Beträge darüber hinaus kommen in den KPÖ-Sozialfonds mit dem Menschen in Notlagen geholfen wird.



**KPÖ-Klubobfrau
Claudia Klimt-Weithaler:**
Monatlicher Nettobezug:
6.219 €, davon monatlich in den
KPÖ-Sozialfonds: **3.919 €**



**KPÖ-Landtagsabgeordneter
Werner Murgg:**
Monatlicher Nettobezug:
3.181 € davon monatlich in den
KPÖ-Sozialfonds: **881 €**

**Beide Abgeordneten haben
keine weiteren Einkommen**

**Wem kann man
noch vertrauen?**



Mitmachen!

Liebe Zeltwegerinnen und Zeltweger!

Im November wird eine neuer Landtag gewählt, im März ein neuer Gemeinderat. Beides sind wichtige Wahlen, denn alles was im Land und in der Gemeinde entschieden wird, hat Einfluss auf unser tägliches Leben.

Die KPÖ tritt bei beiden Wahlen an. Wir sind eine kritische Opposition. Wir zeigen auf, was unserer Meinung nach falsch läuft und versuchen Alternativen aufzuzeigen und Verbesserungen zu erreichen.

Wir haben ein offenes Ohr für die Anliegen der Menschen. Mit unseren „Zeltweger Nachrichten“ informieren wir über vieles, was sonst hinter verschlossenen Türen verborgen bliebe.

Sie möchten aktiv werden und eine starke Stimme für die Menschen sein? Dann unterstützen Sie uns im Wahlkampf oder kandidieren Sie bei den nächsten Gemeinderatswahlen mit der KPÖ!

Kommen Sie vorbei oder melden Sie sich bei uns!

Friedensstraße 10, Knittelfeld-Zeltweg, Telefon: 03512/82240, Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at,
Facebook: [KPÖ-Murtal](#) oder bei unseren GemeinderätInnen in Knittelfeld, Spielberg und Zeltweg.

Ihre KPÖ-GemeinderätInnen Peter Lorberau und Maria Wiesenegger

